

Für einen besseren Industriestandort Schleswig-Holstein

Zwar hat der industrielle Sektor in Schleswig-Holstein nicht die wirtschaftliche Bedeutung wie in anderen Regionen Deutschlands, doch macht er laut dem „Landesportal Schleswig-Holstein“ mit 11,3 Mrd. Euro einen Anteil von 15 Prozent an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein aus. Zudem bieten die 5 100 Industriebetriebe 140 000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz in unserem Land. Doch profitieren Land und Leute nicht nur durch Arbeitsplätze und generierte Steuereinnahmen. Durch Forschung und Entwicklung bieten die Unternehmen im hohen Norden eine stetige Weiterentwicklung und Innovationskraft in den Bereichen Energie, Maschinenbau, Medizintechnik, Pharma- und Ernährungsindustrie sowie vielen mehr.

Doch steht es derzeit nicht gut um den Industriestandort Schleswig-Holstein. Das verarbeitende Gewerbe hat in den letzten Jahren mit Umsatzrückgängen zu kämpfen. Nicht zuletzt dafür verantwortlich ist die Tatenlosigkeit der rot-grün-blauen Landesregierung. Auf die Ankündigung einer industriepolitischen Strategie folgten bisher keinerlei Taten geschweige denn Umsetzungsvorhaben.

Darum fordert die Junge Union Schleswig-Holstein

- Eine Schaffung von Bewusstsein für die industriellen Stärken Schleswig-Holsteins. Dazu sollen regionale Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt werden, um auf Unternehmen vor Ort hinzuweisen.
- Eine verstärkte politische Förderung von Unternehmen der maritimen Wirtschaft, der Medizintechnik, der Luftfahrtbranche sowie deren Zulieferer und des Maschinenbaus.
- Die Schaffung und den Ausbau attraktiver Industriegebiete zur Ansiedlung und Entwicklung von Industrieunternehmen. Als Beispiel kann hier das MFG 5 Gelände in Kiel-Holtenau genannt werden. Durch die Planung des Mischgebiets (Wohnen und Gewerbe) wurde hier die Chance vertan, ein zusammenhängendes Industriegebiet für produzierendes Gewerbe auszuweisen.
- Den Ausbau und die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur durch Land und Kommunen. In diesem Zusammenhang ist im Besonderen die Fehmarn-Belt-Querung, die A20 und A21 zu nennen. Eine Ost-West-Verbindung durch das Bundesland ist ein wichtiger Standortfaktor.

- Rechtliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Wachstum nicht hemmen und unternehmerische Freiheit garantieren. Dazu gehört unter anderem Bürokratieabbau. Beispiele sind das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Mindestlohngesetz.
- Eine Erhöhung der Forschungsausgaben als Investition zur Stärkung von Forschung und Entwicklung in Industriebetrieben. Dazu fordern wir die Einführung eines Landesforschungsfonds für zukunftsorientierte Branchen in Höhe von mindestens 20 Mio. Euro und die Schaffung eines Studiengangs Maschinenbau an der CAU Kiel.
- Programme zur Förderung zukünftiger Fachkräfte. Denn Forschung und Entwicklung beginnt in den Schulen und Hochschulen. Dazu gehört im Besonderen eine verstärkte Förderung von digitalen Kompetenzen.
- Den flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung durch Glasfaserleitungen. Eine landesweite Versorgung von mindestens 100 Megabit / Sekunde bis 2020 muss realisiert werden.
- Die Chancen von Industrie 4.0 zu nutzen: Auch für die Politik muss der Komplex „Industrie 4.0“ ein Handlungsfeld sein. Die Digitalisierung der Fertigung, bei der Informationstechnik mit der klassischen Industrie verschmilzt, muss gefördert werden. Hierfür müssen entsprechende Rahmenbedingungen hinsichtlich Gesetzgebung und Datenschutz geschaffen werden.
- Die Unterstützung von Clustern durch aktives Clustermanagement und die Zusammenarbeit im Norddeutschen Raum, insbesondere in den Branchen maritime Wirtschaft, Luftfahrt, Medizintechnik, Energiewirtschaft und Ernährungsindustrie.

Beschluss des SHR, Lübeck, 31.08.2016